Rechenschaftsbericht
des Rektorats der Ruhr-Universität Bochum
gemäß Artikel 13 Abs. 3 und 4 VerfRUB
für den Zeitraum 01.01.2007 – 31.12.2007

Mit seinem Rechenschaftsbericht für das Jahr 2007 kommt das Rektorat der Ruhr-Universität erstmals seiner Berichtspflicht gemäß Art. 13 Abs. 3 und 4 der Verfassung der Ruhr-Universität vom 25.10.2007 nach. Dort ist geregelt, dass das Rektorat dem Hochschulrat und dem Senat einmal jährlich einen Rechenschaftsbericht vorzulegen hat.

Vorwort

Das Jahr 2007 war für die Ruhr-Universität mit einer Vielzahl von – teilweise umwälzenden – Veränderungen begleitet, die die Arbeit des im Dezember des Vorjahres neu konstituierten Rektorats von Beginn an weitgehend prägte. Aus der großen Zahl von Ereignissen und Entscheidungen kann im Folgenden nur eine Auswahl dargestellt werden. Schon an dieser Stelle darf aber festgestellt werden, dass es wohl selten ein Jahr in der Geschichte der ältesten neugegründeten Hochschule der Nachkriegszeit gegeben hat, in der sich die Ruhr-Universität in einer sich neu formierenden Hochschullandschaft so deutlich und nachhaltig positioniert hat, wie im Berichtsjahr. In einer Zeit des Umbruchs, die sich insbesondere in veränderten Rahmenbedingungen für die Hochschulsteuerung und die Hochschulfinanzierung niederschlägt, hat sich das Rektorat der Ruhr-Universität von der Überzeugung leiten lassen, dass es auch bei teilweise kritischer Distanz gegenüber den den Hochschulen abverlangten Veränderungen darauf ankomme, die bestehenden Gestaltungsspielräume produktiv und zum Wohle der Universität zu nutzen. Das Rektorat war dabei in der glücklichen Lage, sich stets eines sehr weitgehenden Konsenses innerhalb der Hochschule – über die Fächergrenzen und Gruppen hinweg – sicher sein zu können. Auch dort, wo es darum ging, kontroverse Standpunkte in Einklang zu bringen, gelang es in den weit überwiegenden Fällen, gemeinsame Linien zu finden.

Studienbeiträge

Mit Senatsbeschluss vom 18. September 2006 wurde – erstmals zum Sommersemester 2007 – die Einführung von Studienbeiträgen in Höhe von 500 € pro Semester beschlossen und die entsprechende Satzung verabschiedet. Vorausgegangen waren intensive, teilweise kontroverse und gelegentlich auch konfrontativ geführte Diskussionen insbesondere mit der Studierendenschaft, die auch noch den Jahresbeginn 2007 bestimmten. Umso bemerkenswerter ist die Tatsache, dass es bereits nach kurzer Zeit gelang, mit einem hohen Maß an Übereinstimmung über die Verwendung der Studienbeiträge in den Fächern und auf der Zentralebene zu diskutieren und Beschlüsse herbeizuführen. Möglich war dies nicht zuletzt auf der Grundlage einer Beitragssatzung, die keinen Zweifel daran ließ, dass dem Postulat, die eingenommenen Gelder müssten der Lehre und der Verbesserung der Studienbedingungen unmittelbar zu Gute kommen, höchste Bedeutung beizumessen sei und die ein ausgesprochen weit gehendes Mitgestaltungsrecht der Studierenden vorsieht.

Sicherlich ist es zum Ende des Berichtszeitraums noch zu früh, eine erste Bilanz über die Erhebung und Verwendung von Studienbeiträgen zu ziehen – eines kann aber bereits mit Sicherheit festgestellt werden: Entscheidend für die Akzeptanz der Studienbeiträge ist die vollkommene Transparenz über ihre Verwendung und die kurzfristige Wahrnehmbarkeit von Verbesserungen in Lehre und Studium. Beides hat sich das Rektorat in größtmöglichem Umfang sicher zu stellen bemüht – durch hohe Anforderungen an die Berichtspflicht der Fakultäten und der Zentralebene, die sich explizit auch auf den Nachweis der zeitnahen Verwendung der Mittel bezieht.

Dennoch ist nicht zu verkennen, dass im ersten Studienbeitrags-Jahr viele Diskussionen noch zu kleinteilig geführt wurden. Hinsichtlich ihrer Sinnhaftigkeit völlig unstrittige Ausgaben konnten nicht getätigt werden, weil pauschale Verwendungsverbote der Studienbeitragssatzung in vom Satzungsgeber nicht vorhergesehenen Fällen einer Verwendung entgegenstanden. Die große Aufgabe der Folgezeit wird darin bestehen, gemeinsam „Oberziele“ für die Verbesserung der Lehre zu formulieren (z.B. hinsichtlich Betreuungsrelation, Hörsaalausstattung, Studierendenservice) und Wege zu ihrer Erreichung aufzuzeigen. Möglicherweise

wird sich die – in bester Absicht formulierte – Beitragsatzung dann als zu eng erweisen und eine Neudiskussion erfordern.

Neue Verfassung / Hochschulrat

Am 25. Oktober 2007 beschloss der Senat die neue Verfassung der RUB. Sie ist das Ergebnis intensiver Diskussionen, zunächst in einer 14-köpfigen Kommission, die zu Beginn des Jahres eingesetzt und von Vertreterinnen und Vertretern aller Gruppen besetzt war. Die Kommission hatte sich zum Beginn ihrer Arbeit auf die Linie verständigt, wo immer möglich, die Regelungen der bestehenden Verfassung zu übernehmen, wobei zu berücksichtigen war, dass das Hochschulgesetz eine Beschränkung auf dort bestimmte Fälle vorschreibt (§ 2 Abs. 4 HG). Der Erarbeitung dieser Verfassung war deshalb eine über das übliche Maß hinausgehende Bedeutung beizumessen, weil erstmals der Tatsache Rechnung zu tragen war, dass die Hochschulen keine Einrichtungen des Landes mehr sind. Dies erforderte in jedem Fall eine Stärkung der Leitungsgremien und für die RUB (wie auch für alle anderen Hochschulen des Landes) eine Grundsatzdebatte über die Besetzung des Hochschulrats. Diese hatte sich insbesondere mit der Frage zu beschäftigen, ob der Hochschulrat sich aus einer Mischung von hochschulinternen Mitgliedern und Externen zusammensetzen oder ob er ausschließlich aus externen Mitgliedern bestehen sollte. Insbesondere die Studierenden, aber auch Mitglieder der anderen Statusgruppen fürchteten eine „Fremdsteuerung“ der Universität durch einen rein externen Hochschulrat, während die Befürworter dieser Lösung – zu der sich auch das Rektorat bekannte – auf die Chancen verwiesen, die die Beratung des Rektorats durch den unabhängigen Sachverstand eines vollständig extern zusammengesetzten Hochschulrats für die Weiterentwicklung der Ruhr-Universität böten.

Die weit überwiegende Mehrheit des Senats hat sich schließlich für einen rein externen Hochschulrat ausgesprochen, was gleichzeitig die verfassungsmäßige Verankerung der Fakultätenkonferenz zur Folge hat, die an Stelle der bisherigen eher informellen Dekanekonferenz tritt. Die Aufgabe der im Anschluss an die Senatsentscheidung eingesetzten Findungskommission war danach die Auswahl von 6 namhaften Persönlichkeiten, für die die Verfassung der Ruhr-Universität verlangt, dass sie „in verantwortungsvollen Positionen in der Gesellschaft, insbesondere der

Wissenschaft, Kultur oder Wirtschaft tätig sind oder waren und auf Grund ihrer hervorragenden Kenntnisse und Erfahrungen einen Beitrag zur Erreichung der Ziele und Aufgaben der Hochschule leisten können“. Das Rektorat der Ruhr-Universität ist der festen Überzeugung, dass der Kreis von Hochschulratsmitgliedern, die von der Findungskommission gewählt und am 20.12.2007 vom Senat bestätigt wurden (Ernennung durch den Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie nach Ende des Berichtszeitraum, am 19.01.2008), das o.a. verfassungsgemäße Postulat in hervorragender Weise erfüllt. Mehr als ein Aperçu am Rande ist die Feststellung, dass die Zusammensetzung des Hochschulrats auch unter Gleichstellungsgesichtspunkten als ausgesprochen glücklich anzusehen ist.

Universitätsallianz Metropole Ruhr

Das Datum 12. März 2007 markiert ein besonderes Ereignis in der nordrhein-westfälischen Hochschullandschaft und darüber hinaus. Denn an diesem Tag unterzeichneten die Rektoren der Ruhr-Universität Bochum, der Universität Dortmund (jetzt: Technische Universität Dortmund) und der Universität Duisburg-Essen eine Kooperationsvereinbarung, mit der die „Universitätsallianz Metropole Ruhr“ (UAMR) ins Leben gerufen wurde. Mit der UAMR wurde ein Verbund eigenständiger Universitäten geschaffen, die in Forschung, Lehre und Administration zusammenarbeiten, gemeinsame bi- oder trilaterale Einrichtungen und Angebote entwickeln und durch ihr gemeinsames Potential die Ruhrmetropole als Wissenschaftsregion unübersehbar und nachhaltig positionieren sollen. Bereits in der Startphase wurden einige wegweisende Entscheidungen getroffen oder auf den Weg gebracht. Beispielhaft sei hier auf die Engineering Unit Ruhr, die Ruhr-Allianz Elektrotechnik und Informationstechnik (beide bilateral mit Dortmund), das Projekt Mentoring³, das Kulturwissenschaftliche Institut (beides von allen drei Hochschulen getragen) und mehrere bi- und trilaterale Projekte im Bereich der Verwaltung verwiesen. Unter dem Dach der Allianz steht jetzt auch ConRuhr, das gemeinsame Büro der 3 Universitäten in New York, dem weitere in anderen Metropolen (z.B. Moskau) folgen sollen.

Die Gründung der Universitätsallianz war seit langem überfällig und die Aufmerksamkeit, die ihr von Beginn an zuteil wurde, ist beachtlich. Schon jetzt ist

absehbar, dass von der Allianz Impulse ausgehen, die über den Wissenschaftsbereich hinausgehen. Für die Zukunft wird es darauf ankommen, die Allianz auf weiteren Feldern mit Leben zu füllen, wobei die Grundprinzipien auch weiterhin gelten müssen: Zusammenarbeit nur dort, wo sie gewünscht ist und dazu beiträgt, vorhandene Stärken zu stärken, Kooperation grundsätzlich „auf Augenhöhe“, regelmäßiger Austausch auf Leitungsebene, Vermeidung von „Allianzopfern“. Bei letztem ist insbesondere den Befürchtungen auf Seiten einiger Studierender Rechnung zu tragen, die Universitätsallianz würde zu einer Aufgabenverteilung im Bereich der grundständigen Lehre führen und die Studierenden damit gezwungen, für ihr Studium zwischen den Standorten zu pendeln („Studieren im Stau“).

Exzellenzinitiative

Die Exzellenzinitiative hat die Ruhr-Universität verändert – in der Wahrnehmung von Außen und – vielleicht noch wichtiger – in der Selbstwahrnehmung ihrer Mitglieder. Mit der Bewilligung der Research School in der ersten Förderlinie und dem Erreichen der engsten Wahl bei den vorgelegten Zukunftskonzepten hat die Ruhr-Universität wahrscheinlich mehr Aufsehen erregt, als der Gewinn des Wettbewerbs durch einen mehr oder weniger „gesetzten“ Mitbewerber. Was zum Ende des Jahres 2007, unmittelbar nach Bekanntgabe der Ergebnisse dieser Wettbewerbsrunde, die Stimmungslage kennzeichnet, ist deshalb das Bewusstsein, in einer nie dagewesenen gemeinsamen Anstrengung Großes geleistet zu haben. Dieses bestand vor allem darin, sich der vorhandenen eigenen Stärken als Forschungsstandort bewusst zu werden und diese konsequent zu einem tragfähigen Zukunftskonzept zusammenzuführen. Vor diesem Hintergrund war bereits mit der Bekanntgabe der Ergebnisse des Wettbewerbs klar, dass die Ruhr-Universität ihr Zukunftskonzept dennoch umsetzen wird, wenn auch – angesichts des zu diesem Zeitpunkt angenommenen Ausbleibens der Fördermittel – mit gewissen Abstrichen und geringerem Tempo.

Für die zu erwartende kommende Antragsrunde wird es darauf ankommen, die vom Wissenschaftsrat festgestellten Schwachpunkte des Zukunftskonzepts der RUB zu beseitigen, unabhängig davon, wie die Modalitäten dann sein werden. Das beinhaltet

unter anderem die Operationalisierung und schrittweise Umsetzung der im Grundsatz positiv bewerteten Departmentstruktur, eine stärkere Einbeziehung aller Wissenschaftsbereiche, insbesondere der Geisteswissenschaften, größere Unabhängigkeit bei der Verfolgung einer eigenständigen Forschungsstrategie sowie weitergehende Internationalisierung.

Ganz wesentlich für eine erfolgreiche erneute Antragstellung wird es sein, das über alle Maßen ausgeprägte Engagement aller an der Erarbeitung des Zukunftskonzepts Beteiligten zu erhalten und weitere Akteure einzubeziehen. Das Rektorat hat deshalb schon kurze Zeit nach der Bekanntgabe der Ergebnisse in der 3. Förderlinie alle beteiligten Wissenschaftler zu einem ersten Gedankenaustausch über das weitere Vorgehen zusammengerufen.

Zu den in hohem Maße erfreulichen Begleiterscheinungen des Exzellenzwettbewerbs gehört ohne Zweifel das Ausmaß, mit dem es gelungen ist, außeruniversitäre Institutionen und Personen aktiv oder begleitend in das Geschehen einzubeziehen. Dies zeigte sich in besonders eindrucksvoller Form in der Beteiligung an der Begehung durch die Expertenkommission Mitte des Jahres und in anderen Aktivitäten, z.B. einer unterstützenden Plakataktion der Stadt Bochum für „ihre Universität“.

Beiden o.a. Zielen, dem Aufrechterhalten der Dynamik im Inneren, wie auch der Sicherung und Festigung der herausragenden Positionierung der Ruhr-Universität in der öffentlichen Wahrnehmung will das Rektorat durch eine begleitende Marketing- und Kommunikationsstrategie Rechnung tragen.

**Anlage zum
Rechenschaftsbericht des Rektorats 2007**

Beschlüsse, Benehmensherstellung, Empfehlungen und Stellungnahmen des Senats
(ausgenommen Personalangelegenheiten und Wahlen) im Jahr 2007:

Beschlüsse, Benehmensherstellung, Stellungnahmen	Status
8. Februar 2007	
Beschluss: Aufforderung an das Rektorat, sich mit allen Mitteln für den Erhalt der Bochumer Medizinischen Fakultät als Bestandteil der RUB einzusetzen	umgesetzt
Beschluss: Satzung des Servicezentrums für Mathematik und Anwendungen der Fakultät für Mathematik	veröffentlicht
Beschluss: Musterfragebogen zur studentischen Veranstaltungskritik	der Musterbogen wurde an die Fakultäten verschickt, durch die die weitere Umsetzung erfolgt
Beschluss: Satzung über die Ausgestaltung des Auswahlverfahrens an der RUB (Verlängerung)	veröffentlicht
Benehmensherstellung: Grundsätze zur Verteilung des zentralen Anteils der Studienbeiträge	umgesetzt
Benehmensherstellung: Ziel- und Leistungsvereinbarung III zwischen RUB und MIWFT	umgesetzt
3. Mai 2007	
Stellungnahme: Rechenschaftsbericht des Rektorates 2005 (mit ergänzenden Bemerkungen positive Stellungnahme)	umgesetzt
14. Juni 2007	
Benehmensherstellung: Kooperationsvertrag mit der Universität Witten/Herdecke	unterzeichnet
12. Juli 2007	
Beschluss: Profilbeschreibung für Mitglieder des Hochschulrates	Umsetzung durch Findungskommission
Beschluss: Ordnung für die Zugangsprüfung für in der beruflichen Bildung Qualifizierte	veröffentlicht
Stellungnahme: Rechenschaftsbericht des Rektorates 2006 (mit einigen Anregungen positive Stellungnahme)	umgesetzt
Benehmensherstellung: Hochschulinterne leistungsorientierte Mittelverteilung 2007	umgesetzt
Sondersitzung 25. Oktober 2007	
Beschluss: Verfassung der Ruhr-Universität	veröffentlicht
18. November 2007	
Beschluss: Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes in Berufungsverfahren (Begründung der Nichtberück-	war Bestandteil des Rektoratsentwurfs zur Berufsordnung

sichtigung von Bewerber/inne/n soll für beide Geschlechter erfolgen.)	
Benehmensherstellung: Verwendung des zentralen Anteils am Studienbeitragsaufkommen (WS 2007/08 + SoSe 2008)	umgesetzt, bzw. in Umsetzung
20. Dezember 2007	
Beschluss: Fortgeltung aller Verfahrens- und Abstimmungsregelungen bis zum Inkrafttreten einer angepassten Geschäftsordnung des Senates	Regelungen wurden in neue GO übernommen
Beschluss: Satzung über die Ausgestaltung des Auswahlverfahrens an der RUB (Verlängerung)	veröffentlicht
Stellungnahme und Empfehlung: Hochschulinterne leistungsorientierte Mittelverteilung 2008	umgesetzt